

Neuer Startschuss für die Prävention?

Im Koalitionsvertrag war es angekündigt, inzwischen ist es soweit: Union und FDP diskutieren über eine nationale Präventionsstrategie, die noch in dieser Legislaturperiode neuen Schwung in die bundesweit vielfältigen, aber unkoordinierten Präventionsbemühungen bringen soll. Einigkeit besteht in dem Ziel, die gesundheitliche Eigenkompetenz und Eigenverantwortung in allen gesellschaftlichen Schichten zu stärken.

von Sabine Schindler-Marlow

Erfreulich ist, dass in Deutschland wie in anderen westlichen Industriestaaten die Lebenserwartung steigt. Ein Blick auf die Zahl der „Gesunden Lebensjahre“ ab 50 (siehe Grafik unten) zeigt aber, dass Deutschland in dieser Statistik trotz hervorragender medizinischer Versorgung eher im unteren Mittelfeld der untersuchten europäischen Industriestaaten liegt. Die neusten Ergebnisse der Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland (DEGS) des Robert Koch-Instituts zeigen Risikofaktoren und Krankheitsbilder im Erwachsenenalter auf, die zu 40 bis 60 Prozent mit Lebensstilfaktoren verknüpft sind.

Laut dieser Studie gilt knapp ein Viertel der Bevölkerung als adipös. Gerade bei

jungen Männern habe die Prävalenz im Vergleich zur Vorgängerstudie von 1998 signifikant zugenommen. Ebenfalls auffällig, nämlich um rund zwei Prozentpunkte, habe der Anteil der diagnostizierten Diabetiker zugenommen. Er betrug im Jahr 2012 bei den Männern 7,0 Prozent, bei den Frauen 7,4 Prozent.

Parlament soll Ziele definieren

Und obwohl die sportlichen Aktivitäten in den vergangenen Jahren in Deutschland zugenommen haben sollen, erreichen vier Fünftel der Erwachsenen nicht die von der WHO empfohlene Aktivitätszeit von 2,5 Stunden wöchentlich. Die Zahlen der KIGGS-Studie zur Kinder- und Jugendgesundheit belegen, dass neben individuellem Lebensstil vor allem soziale Lage und Wohnsituation Einfluss auf die Gesundheit haben. Nach dieser Studie weisen vor allem Kinder und Jugendliche mit niedrigem Sozialstatus häufiger Gesundheitsdefizite auf – zum Beispiel psychische Auffälligkeiten, Defizite in der motorischen Entwicklung und Übergewicht.

Da die Bedingungen von Gesundheit komplex sind, sucht die Koalition nach einer umfassenden nationalen Präventionsstrategie, die zu überprüfbaren Erfolgen führt. Vom Tisch ist ein neues Gesetz für

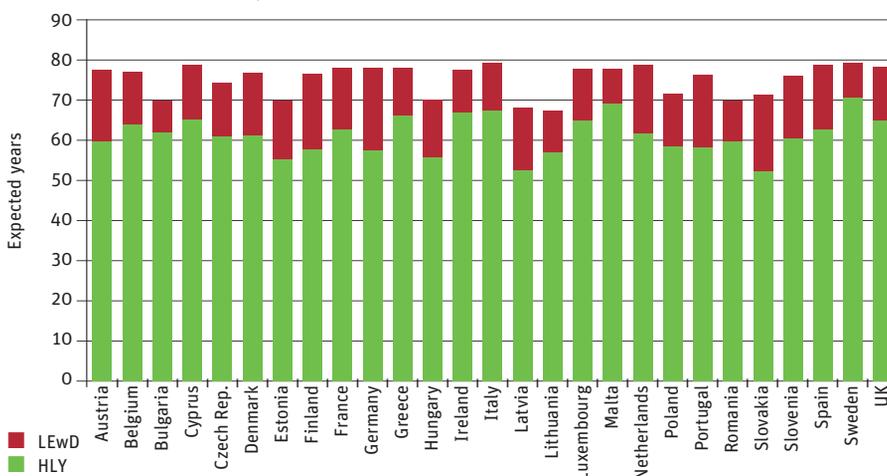
mehr Gesundheitsvorsorge, wie es 2002 von der SPD angekündigt wurde. Laut Unionskonzept soll der Bundestag konkrete Präventionsziele beschließen wie eine Senkung der lebensstilbedingten Diabetes-mellitus-Erkrankungen um zehn Prozent bis 2020 oder die Senkung der psychischen Erkrankungen am Arbeitsplatz um 20 Prozent. Auf diese Ziele hin sollen alle Präventionsträger ihre Anstrengungen konzentrieren. Um die Zielerreichung zu überprüfen, soll der Deutsche Bundestag einen Nationalen Rat für Prävention und Gesundheitsförderung einsetzen, der dem Parlament in regelmäßigen Abständen Bericht erstattet.

Betriebliche Gesundheitsförderung stärken

Im Rahmen einer verbesserten betrieblichen Gesundheitsförderung – Gesundheitsuntersuchungen in Betrieben gekoppelt mit Maßnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung – soll auch geprüft werden, inwieweit die Betriebsärzte für die Erbringung bestimmter Vorsorgemaßnahmen im Rahmen der Regelversorgung vergütet werden können. Die Krankenkassen und andere Ko-Finanzierer sollen laut Union verpflichtet werden, höhere Ausgaben für Investitionen in diesem Bereich vorzusehen. Generell soll der in § 20 Absatz 2 SGB V vorgesehene Orientierungsrahmen auf sechs Euro pro Versichertem angehoben werden.

Definierte Präventionsziele will auch die FDP, die aber bei der Erarbeitung der Ziele, Qualitätskriterien und deren Überprüfbarkeit auf Vorarbeiten bestehender Institutionen wie gesundheitsziele.de und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) zurückgreifen möchte und auf neue Strukturen wie den Präventionsrat verzichten würde. Daneben will die FDP vor allem die Beratung durch Ärzte stärken und diese bei der Vermittlung von Präventionskursen systematisch einbinden – dies vor dem Hintergrund, dass Ärztinnen und Ärzte durch ihre bevölkerungsgruppenübergreifende Erreichbarkeit besonders gute Möglichkeiten haben, ihre Patienten zu Lebensstiländerungen zu motivieren und deren Zugangschancen zu präventiven Angeboten zu verbessern.

Healthy Life Years (HLY) and Life Expectancy with Disability (LEWD) at birth for Men in the 27 EU Member States, 2009



Die Zahl der „Gesunden Jahre“ ab 50 ist ein Erfolgsindikator für Präventionsbemühungen im Erwachsenenalter. Quelle: Inequalities in healthy life years in the 25 countries of the European Union in 2005, Lancet Volume 372, Issue 9656, Pages 2124 - 2131, 20 December 2008.